

Impressum

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Diese Zeitschrift ist hervorgegangen aus dem **philippinenforum**, 10. Jg., und den **südostasi- en informationen**, 13. Jg. Die Jahrgangszählung der **südostasi en informationen** wird fortgesetzt.

Unsere Arbeit wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Herausgeber: philippinenbüro e.V. und Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e.V.

Anschrift: philippinenbüro, Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen, Tel.: 0201 – 83038-18/-28 Fax: 0201 – 83038-30

E-Mail: philippinenbuero@asienhaus.de soainfo@asienhaus.de

Homepage: www.asienhaus.de

Redaktion dieser Ausgabe: Saskia Busch (v.i.S.d.P.), Philipp Bück

mitgearbeitet haben: Dominik Adrian, Susanne Arend, Monika Arnez, Melahayati Badruddin, Ulrike Bey, Henning Borchers, Reiner Buergin, David Chiavacci, Chris Duncan, Petra Essensfelder, Genia Findeisen, Anne Fritsche, Brigitte Geske-Scholz, Sven Hansen, Mary Lou U. Har-dillo-Werning, Stefanie Hensengerth, Anke Hol-lerbach, Rolf Jordan, Eberhard Knappe, Sven-ja Konieczny, Andrea Lauser, Evgenia Lipski, Klemens Ludwig, Antje Mißbach, Michaela Mül-ler, Tina Pfeiffer, Nymia Pimentel Simbulan, Ro-land Platz, Steffen Range, Niklas Reese, Ste-fan Rother, Gunnar RÜth, Luciole Sauviat, Ste-phän Schepers, Manuel Schmitz, Sara Schroer, Tobias Schuld, Fritz Seeberger, Sebastian Seiffert, Babak Tavassolie, Anke Timmann, Ma-nuela Volkmann, Michael Waibel, John Walsh, Ingo Wandelt, Raimund Weiß, Susanne Wünsch, Sandra Ziegengeist, H.-B. Zöllner. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung der Titelseite: Ismaya

Satz: K. Marquardt, Herne

Druck: Druckwerk, Dortmund

Auflage dieser Ausgabe: 1200

Berichtszeitraum 1.6. -5.9.2005

ISSN-Nr.: 1434-7067

Preis: Einzelausgabe 5 € (zzgl. Porto)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

BRD: Einzelpersonen 20 €

Inst./Förderabo 40 €

Ausland: Einzelpers. 28 €

Inst./Förderabo 50 €

Luftpostzuschl. 13 €

Die Abonnementgebühren sind im voraus fällig. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht spätestens einen Monat nach Zusendung des letzten Heftes schriftlich gekündigt wird. Für Vereinsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Konten:

Spk. Bochum (BLZ 43050001) 30302491

Copyright: Redaktion und Autor(inn)en; Nachdruck nur nach Absprache mit der Redaktion, Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie den Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nächster Redaktionsschluss: 2.11.2005

Tribunal gehandelt. Er soll mitverantwortlich für Massenexekutionen sein, bei denen nach Schätzungen 100.000 Menschen im Osten Kambodschas im Zuge von Vorbereitungen des damaligen Regimes für einen Krieg gegen Vietnam umkamen. Daneben wurde auch Kaing Guek Iev alias Duch verhaftet, der während der Herrschaft des Pol Pot-Regimes das Sicherheitsgefängnis S-21 leitete, in dem geschätzte 13.000 Menschen gefoltert und exekutiert wurden.

Das Überleben des Pol Pot-Regimes bis zum Jahr 1999 sicherte dabei die Königspartei. Sie löste im Jahr 1979 den zweiten kambodschanischen Bürgerkrieg aus, indem sie argumentierte, dass die Besatzung durch vietnamesische Truppen und die von ihnen unterstützte Nationale Einheitsfront zur Rettung von *Kampuchea* aus der später die Volkspartei *Kampuchea* hervorging, nicht als Regierungspartner anzuerkennen sei, auch wenn diese den Massenmord beendete. Die vom damaligen König Norodom Sihanouk im Jahr 1982 gegründete Königspartei FUNCINPEC (*Front Uni National pour un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Cooperatif*) sah die Unabhängigkeit und Souveränität Kambodschas mit der Intervention des sozialistischen Vietnam gefährdet, forderte Wahlen unter UN-Obhut und sprach sich für die Einrichtung eines liberal-demokratischen Systems aus.

Außer Vietnam hätte keiner den Massenmord beendet

Ignoriert wurde, dass keine UN-Lösung zum Sturz des Pol Pot-Regimes und der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung Kambodschas unter den Bedingungen des Kalten Krieges möglich war. Keine militärische Macht außer Vietnam hätte damals den Massenmord beendet. Mehrere Staaten nahmen diesen sogar stillschweigend in Kauf. Neben Thailand und China waren mehrere Staaten während der Schreckensherrschaft des Pol Pot-Regimes mit Botschaften in Phnom Penh vertreten. Nach dem Sturz wurde dann auch noch die Intervention von einer Mehrheit der Staatengemeinschaft als Völkerrechtsbruch

verurteilt und eine Regierungsbündnis der Königspartei und der republikanischen Eliten unter Führung von Son Sann mit dem gestürzten Pol Pot-Regime als legitime Regierung Kambodschas anerkannt, welche die von Vietnam unterstützte neue Regierung Kambodschas stürzen sollte. Militärische und wirtschaftliche Unterstützung gewährten die Regierungen Chinas, Thailands und der USA. Für diese galt es nicht die Verbrechen des Pol Pot-Regimes aufzudecken und den Wiederaufbau Kambodschas zu fördern, sondern vermeintliche Hegemonialbestrebungen der Sowjetunion und Vietnam einzudämmen. Die Verbrechen des Pol Pot-Regimes wurden bis zum Ende des Kalten Krieges dem Vergessen preisgegeben.

Demgegenüber sah sich damals die Volkspartei *Kampuchea*, die zunächst unter dem Namen *Revolutionäre Volkspartei Kampuchea* geführt wurde und aus der *Nationalen Einheitsfront zur Rettung von Kampuchea* hervorging, in ihrem politischen Kurs bestätigt, die Rückkehr des Pol Pot-Regimes an die Macht verhindert zu wollen. Denn weder war damals eine UN-Lösung möglich, noch war gesichert, dass das gestürzte Pol Pot-Regime nicht wieder die Macht ergreift, nachdem es diesem gelungen war, im Januar 1979 aus Phnom Penh mit geschätzten 30.000 Soldaten in thailändisches Grenzgebiet zu flüchten und den Krieg weiterzuführen. Das von der Revolutionären Volkspartei *Kampuchea* im August 1979 durchgeführte Volkstribunal, bei welchem Pol Pot und Ieng Sary, der ehemalige Außenminister des Regimes, als Hauptverantwortliche für die damaligen Verbrechen in Abwesenheit zum Tod verurteilt wurden, blieb infolge ohne juristische Bedeutung, wenn auch mit dem Tribunal erste Aufarbeitungsprozesse der Verbrechen begannen. Im damaligen Urteil hieß es: »Die Pol Pot-Ieng Sary Clique, die den Völkermord beging, leugnete nicht nur die Existenz der Nation Kampuchea, sondern auch die unserer nationalen kulturellen Traditionen und sie zerstörten Familien- und soziale Strukturen, das wirtschaftliche System, nationale Kultur und Bildung und die Gesundheitsversorgung. Die Angeklagten Pol Pot und Ieng Sary zerstörten sogar das nationale Bewusstsein und den